

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 37 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER



VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hitlers Unehrllichkeit am Branger

Hitler ist sich selbst untreu geworden — sagt Reventlow

Marz-Jahr 1933
Von Georg Decker

Die Verhandlungen Hitlers mit Papen schlagen allem ins Gesicht was die Nationalsozialisten in ihrer verlogenen Propaganda gegen die feinen Leute und gegen den Herrenklub gesagt haben. In den Reihen der wirklich gläubigen Nationalsozialisten hat es niemand für möglich gehalten, daß Hitler mit Papen zu vertraulicher Unterredung sich an einen Tisch setzen würde. So ist es denn möglich, daß noch nach dem Bekanntwerden dieser Unterredung ein Dokument erscheint, das den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Worten und Taten bei Hitler aufzeigt.

Am Freitagabend, zwei Tage nach der Unterredung zwischen Hitler und Papen in Köln, ist der „Reichswart“ des Nationalsozialistischen Graf Reventlow mit dem Datum vom 7. Januar erschienen. Groß über die erste Seite hinweg steht die Ueberschrift „Hitler und Papen?“. In dem Artikel, den diese Ueberschrift deckt, wird auseinandergesetzt, warum die Gerüchte, daß Hitler jemals mit Papen verhandeln könnte, böswillige Erfindungen sein müssen! Der Artikel beginnt:

„Das muß man sagen: die Gerüchte- und Klatsch-industrie hat Hochkonjunktur! Da herrscht keine Arbeitslosigkeit, sicher auch keine Erwerbslosigkeit. Anfang der Woche wurde über eine Zusammenkunft zwischen Adolf Hitler und Herrn von Papen berichtet, richtiger: gerüchtet, und von merkwürdig vielen geglaubt. Obgleich führende nationalsozialistische Tagesblätter sich gleich scharf gegen diese Ausstreuung gewandt haben, so möchten wir doch noch einen Augenblick dabei verweilen.“

Nun wird auseinandergesetzt, warum das Mißtrauen gegen das Kabinett Papen und seine Freunde in den Reihen der Nationalsozialisten berechtigt gewesen sei. Dann heißt es weiter:

„Heute dürfte es wohl wenige geben, die nicht gerade im damaligen Kabinett Papen und seinen Kreisen die von Natur gehässigsten Feinde des Nationalsozialismus erblicken und wissen, daß dieser Haß sachlich unverwundlich und unabänderlich begründet ist. . . Mit diesen bemüht rückständigen Vertretern eines volksfeindlichen Staates

könnte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nur unter der Voraussetzung zusammengehen, daß sie sich selbst untreu würde, vielmehr bereits untreu geworden sei;

denn jene andere Seite wird ihrem Dünkel, ihrem Macht- und Geizgierismus nie und unter keinen Umständen unteren. . . handelte es sich auch um nichts als um dieses, so würde es eine Beleidigung der nationalsozialistischen Bewegung und in erster Linie ihres Führers Adolf Hitler sein, diesem Verhandlungen mit Papen oder auch nur die Absicht dazu zuzutragen.“

Als diese Zeilen gedruckt wurden, hatte die Unterredung zwischen Hitler und Papen in Köln bereits stattgefunden. Es war eingetreten, was Reventlow als unmöglich, als eine Beleidigung Hitlers, als eine Selbstauflage der NSDAP bezeichnet hat. Hitler hat sich selbst beleidigt, Hitler ist sich selbst untreu geworden!

Was wird der Graf Reventlow nun zu sagen wissen? Kleiner Graf, was nun?

Arm in Arm

oder: Der Osaf in der Tinte

Der Herrenreiter aus Weitsalen und der reaktionäre Hof aus Braunau machen der staunenden Welt die Freude, als brüderliche Unterzeichner eines staatsrechtlichen Dokumentes von erheblicher Wichtigkeit vor die Öffentlichkeit zu treten. Es befaßt sich mit ihrem geheim geplanten

und gründlich verratenen Rendezvous im Hause des Bank- und Börsenfürsten Baron v. Schroeder in Köln, Mitinhaber der arischen Firmen Stein und Levy, Salomon und Oppenheim und hat folgenden Wortlaut:

Gegenüber unrichtigen Kombinationen, die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitlers mit dem früheren Reichsfanzler v. Papen vielfach verbreitet wurde, stellen die Unterzeichneten fest, daß die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront befaßt hat und daß insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind. gez.: Adolf Hitler. gez.: v. Papen.

In der Presse war nämlich ein Streit darüber entstanden, ob die freundschaftliche Zusammenkunft der beiden unversöhnlichen Feinde zu dem Zwecke arrangiert war, dem gegenwärtigen Kanzler ein Bein zu stellen oder ob sie im Gegenteil ihm eine solide Regierungsunterlage verschaffen wollten. Die Frage ist noch nicht geklärt, vor allem, weil die beiden Beteiligten selbst darüber noch nicht ganz einig zu sein scheinen — müssen sich doch die Hintermänner der edlen Pechler sogar darum streiten, wer das harmlose Blaueskizzen gemalt und arrangiert hat.

Wer dabei recht hat, braucht nicht unsere Sorge zu sein, darüber mag sich Herr von Schleicher seinen Kopf zerbrechen. Uns interessiert vielmehr die Intimität der beiden Herren selbst. Wie lang es denn noch vor wenigen Monaten aus dem nationalsozialistischen Blätterwald? Da sprach der „Angriff“ über die „kleine volksfremde reaktionäre Adelsclique“ und die „größtenwahnwitzigen Reaktionsäre“ und redete Herrn von Papen an:

„Wir sollten den Dreißigjährigen Krieg, Sie treten dann, geschneitelt und gebügelt, als vornehme

Kanastere, etwas breitstelig und ange-dooft, in die gute deutsche Stube.“

Erst breitstelig und ange-dooft, größt-wahn-sinnig und reaktionär — jetzt „Brüderlein fein, wollen wir nicht hübsch friedlich sein“, wahrlich ein Bild von politischer Sauberkeit, wie es wohl dem deutschen Publikum noch zu keiner Zeit geboten worden ist. Wie muß dem „Führer“ der Hintern mit Grundeis gehen, wenn er sich zu dieser erbärmlichen Rolle hergibt und sie dann noch Arm in Arm durch Unterschift bescheinigt.

Wahrlich, Hitler hat Ursache, zur treudeutschen Barusschlacht nach Lippe-Deimold zu fahren: die Hermann der Cheruster — die Adolf der Siamonier, der statt mit Mausefallen mit Gefinnungsfestigkeit handelt.

Der Agent der Großindustrie

Ueber die Urheber des Teufelmechels zwischen Hitler und Papen plaudert der „Jungdeutsche“ folgendes aus der Schule:

„Bezeichnend ist, daß schon in der Weihnachtswoche ein Vertreter des Kreises um Otto Wolff, ein Justizrat, nach Berchtesgaden zu Adolf Hitler reiste.“

Der Veranstalter der Unterredung Hitler-Papen ist also die rheinisch-westfälische Industrie-Gruppe um den Stahlverein. Das Ziel ist, eine Regierung Papen-Hitler zu errichten, nachdem man den jetzigen Kanzler von Schleicher und sein Kabinett gestürzt hat. Die Parole dafür wird wieder die sein, daß Neuwahlen im Interesse der Wirtschaft vermieden werden müssen, und die Gefahr der Neuwahlen ist ja brennend geworden.

Ein Bild zum Ergötzen, Hitler kühndelt mit den Großindustriellen, mit dem raffenden Kapital, mit den Bank- und Börsenfürsten, und seine Heloten betteln in den Straßen der Großstädte den von diesen Herren ruinieren Kleinbürger um eine milde Gabe an. Es lebe die kapital-nationalsozialistisch-kapitalistische Arbeiter- und seine Herrenpartei! Heil ihr und Heil Hitler!

Freie Bahn den Militärs!

Neue japanische Drohungen / Kein Grund zum Eingreifen für Völkerbund?

Tokio, 6. Januar.

Das japanische Kabinett billigte am Freitag einstimmig die Haltung der japanischen Militärbehörden in Schanghai. Das Kabinett nahm den Vorschlag des Außenministers an, wonach die Verhandlungen zur Beilegung des Falles Schanghai nicht vom japanischen Außenministerium unmittelbar, sondern von den örtlichen japanischen Vertretungen in Tientsin oder Peking geführt werden sollen. Sollte die chinesische Regierung den örtlichen Charakter des Falles Schanghai nicht anerkennen, so dürfte die japanische Regierung den chinesischen Behörden keine neuen Vorschläge unterbreiten, sondern den japanischen Militärbehörden Handlungsfreiheit geben. (!)

Das japanische Kriegsministerium teilt mit, daß trotz der von amtlicher japanischer Seite an Tchanghueliang ergangenen Warnungen das japanische Oberkommando jetzt neue Meldungen vorliegen habe, wonach Tchanghueliang im Einverständnis mit General Fong weitere chinesische Truppen zusammenziehen wolle. Angesichts dieser chinesischen Truppenzusammenziehungen müsse die gesamte militärische Lage in der Provinz Tschehol als sehr ernst angesehen werden. Den in Tschehol ansässigen Japanern ist geraten worden, die Provinz zu verlassen. Das japanische Oberkommando erklärt, daß die militärischen Operationen gegen die Provinz Tschehol fortgeführt würden, ohne die Entwicklung in Schanghai abzuwarten.

Die Haltung des Völkerbundes

Genf, 6. Januar.

Die chinesische und japanische Regierung haben in Genf dem Generalsekretär des

Völkerbundes eine kurze Darstellung der Kämpfe bei Schanghai übermitteln. In den Notizen wird jedoch die Schuldfrage zunächst nicht aufgeworfen.

Entgegen allgemeinen Erwartungen hat die chinesische Regierung bisher noch nicht den Antrag gestellt, daß der 19er Ausschuß der außerordentlichen Völkerbundversammlung, in dessen Händen gegenwärtig allein die Behandlung des gesamten japanisch-chinesischen Konflikts liegt, sich mit den letzten Ereignissen befaßt. Ebenfalls hat die chinesische Regierung bisher den sofortigen Zusammentritt des 19er Ausschusses beantragt.

Die japanische Regierung betont in ihrer Note lediglich ihre Absicht, den Konflikt zu lokalisieren und jede weitere Verschärfung zu vermeiden, falls nicht von chinesischer Seite neue Provokationen stattfinden.

Angesichts der Haltung der beiden Regierungen liegt für den Völkerbund keinerlei Anlaß vor, zu den letzten Ereignissen Stellung zu nehmen. (?)

6073 Personen amnestiert!

Die Haftentlassungen in Preußen

Amlich wird mitgeteilt, daß in Preußen auf Grund der vom Reichstag beschlossenen Amnestie bis einschließlich 4. Januar 6073 Personen aus der Haft entlassen worden sind. Davon in Berlin 1013, in den Oberlandesgerichtsbezirken Breslau 727, Düsseldorf 599, Hamm 867, Köln 458, Königsberg 523, Raumburg 522. Im Bereich der übrigen Strafvollzugsämter wurden 1364 Personen Haftentlassen.

Das Jahr 1932 sollte nach der nationalsozialistischen Prophezeiungen „das Jahr der Entscheidung“ werden. Das Jahr 1933 aber, in dem der Todestag von Karl Marx zum 50. Male wiederkehrt, sollte die endgültige Ausrottung des Marxismus besiegeln. Es wird aber nicht den Tod dem Marxismus bringen, sondern ein Marx-Jahr sein, und es fängt schon an im Zeichen des großen Sieges der Marx'schen Lehre! Diese Lehre erfüllt sich am Schicksal der nationalsozialistischen Bewegung mit solcher Genauigkeit, als ob der Nationalsozialismus von einem Marxisten erfunden wäre, um durch ein solches Experiment den unwiderlegbaren Nachweis für die Richtigkeit des Marxismus zu erbringen.

Freilich sind die historischen Vergleiche nur mit vielen Vorbehalten und in streng gezogenen Grenzen zulässig. Karl Marx schilderte aber, indem er zum Beispiel das Schicksal der zweiten französischen Republik in seinem „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ verfolgte, nicht nur einen konkreten historischen Vorgang, sondern deckte zugleich die Eigenart der politischen Haltung von verschiedenen Gesellschaftsschichten auf, zeigte, wie sich diese Haltung aus der durch den ökonomischen Aufbau bedingten Klassenlage ergibt, und beleuchtete namentlich in der Art, die in starkem Maße Allgemeingültigkeit besitzt, die politische Psychologie der städtischen „Zwischenschichten“ (Mittelstand, Kleinbürgertum, in gewissem Sinne auch Lumpenproletariat) auf der einen und des Bauerntums (am Beispiel der französischen „Parzellenbauer“) auf der anderen Seite. Seit der Zeit, als die Erhebung des Bauerntums der Großen Französischen Revolution ihre grandiose Stoßkraft gab und als das städtische Kleinbürgertum (zu einem großen Teil noch 1848) die eigentliche demokratische Kraft war, hat sich die politische Funktion dieser Schichten im Verlauf der Geschichte gewaltig verändert. Jedesmal aber, wenn infolge der Einschaltung der Erhebung dieser Schichten das große historische Ringen der „fundamentalen“ Klassen (Großgrundbesitz, kapitalistisches Bürgertum, Proletariat) noch nicht oder nicht mehr dem Gesamtbild der politischen Kämpfe seine monumentalen Züge einprägte, traten seit 1848 in diesem Gesamtbild die gleichen Züge auf.

„Verbindungen, deren erste Kautel die Trennung, Kämpfe, deren erstes Gesch die Entscheidungslosigkeit ist, im Namen der Ruhe wüste, inhaltslose Agitation, im Namen der Revolution feierlichstes Predigen der Ruhe, Leidenschaften ohne Wahrheit, Wahrheiten ohne Leidenschaft, Helden ohne Heldentaten, Geschichte ohne Ereignisse: Entwicklung, deren einzige Triebkraft der Kalender scheint, durch beständige Wiederholung derselben Spannungen und Abspannungen ermüdend; Gegensätze, die sich selbst periodisch nur auf die Höhe zu treiben scheinen, um sich abzustumpfen und zusammenzufallen, ohne sich auflösen zu können; präntendi zur Schau getragene Anstrengungen und bürgerliche Schrecken vor der Gefahr des Weltunterganges und von den Weltrettern gleichzeitig die kleinlichsten Intrigen und Hofambitionen gespielt, die weniger an den Jüngsten Tag als an die Zeiten der Fronde erinnern.“

Ist das über Deutschland von 1932 geschrieben? Nein, Karl Marx hat das im „18. Brumaire“ über die französische Entwicklung vom Mai 1849 bis Dezember 1851 geschrieben. Damals hatte schließlich vor allem die Haltung des Bauerntums den Ausschlag zugunsten von Louis Bonaparte gegeben. War es bei uns nicht so, daß der Nationalsozialismus seine scheinbar so gewaltige Stoßkraft erst erhalten hat, nachdem es ihm

Abschied von einem Kämpfer

Die Ueberführung der Asche Eduard Bernsteins

gelungen war, auch eine große Bauernbewegung zu werden? Eine solche Bewegung kann aber nur durch eine außerhalb der die Bewegung tragenden Schichten stehende Kraft zu einer entscheidenden politischen Macht werden, da es sich eben um die Schichten handelt, die ihrer Klassenlage nach nicht imstande sind, sich selbst politisch zu vertreten. Das hat Marx am Beispiel der französischen Bauern außerordentlich klar aufgezeigt.

„Sie sind unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muß zugleich als ihr Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den anderen Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet.“

Das städtische Kleinbürgertum ist auch aus seiner Klassenlage heraus nicht imstande, eine selbständige politische Organisation zu schaffen, es muß sich auch vertreten lassen und ist zugleich besonders stark in Schwankungen begriffen, es wird durch die Einwirkungen seines engeren Lebenskreises besonders stark beeinflusst, zumal seine Klassenlage, als kleine Besitzer, zwischen dem kapitalistischen Bürgertum und dem Proletariat die Bildung eines geschlossenen und klaren Gesellschaftsideals und damit eine selbständige klare Politik ausschließt. Sehr aufschlußreich bleiben noch heute die Ausführungen über den „Kleinbürgerlichen Sozialismus“ im „Kommunistischen Manifest“.

Man durfte auf Grund der marxistischen Analyse voraussehen, daß der Nationalsozialismus zu einer herrschenden Macht nur in dem Sinne werden kann, daß er eine eigene selbständige Exekutivmacht sozusagen untermauert. Hitler ist aber kein Louis Bonaparte. Ihm fehlt der Name, der geeignet wäre, die Einbildungskraft des Militärs zu beherrschen, und seinem Vihmann stand Hindenburg gegenüber. Es war deshalb ein völlig richtiges marxistisches Voraussagen, das für die Politik der Sozialdemokratie ausschlaggebend war, daß die nationalsozialistische Bewegung, wenn ihren Führern nicht durch irgendwelche Form der Kapitulation die Exekutivmacht zufällt, dem inneren Zerlegungsprozeß verfallen muß. Die marxische Analyse der Bewegungen, die ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrer politischen Psychologie nach dem Nationalsozialismus verwandt waren, hat gezeigt: jede solche Bewegung kann entweder in einer — früher „bonapartistischen“, heute „faschistischen“ — Diktatur enden oder muß an ihren Widersprüchen zugrunde gehen. Aus dieser Erkenntnis ergab sich die politische Zielsetzung: die Nationalsozialisten auch mit schweren Opfern fern von der Beteiligung an der Macht zu halten.

Es war die Lehre von Marx, die es ermöglicht hat, das „Wunder“ der nationalsozialistischen Bewegung in seiner nüchternen Wirklichkeit zu sehen und die Befähigung der Entwicklung dieser Bewegung zu erkennen. Und wenn wir uns in diesem Marx-Jahr die ganze Bedeutung der marxischen wissenschaftlichen Leistung vergegenwärtigen und diese Leistung für uns politisch fruchtbar machen wollen, so gehört es dazu, daß wir unsere politische Wirklichkeit marxistisch, d. h. ausgehend von der Theorie und den konkreten Untersuchungen des Historikers Marx, untersuchen und das Ergebnis dieser wissenschaftlichen Arbeit als Unterlage unseres politischen Handelns verwenden.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird vom 17. bis 19. Februar seine Bundes-Generalversammlung in Berlin abhalten. Der Bundes-Generalversammlung liegt die Wahl des Bundesvorstandes und die Festlegung der kommenden Bundesarbeit ob. Das nähere Programm und die im Zusammenhang mit der Bundes-Generalversammlung geplanten öffentlichen Veranstaltungen werden in Kürze bekanntgegeben.

Die lettische Gesandtschaft in Berlin legt im Anschluß an eine frühere Notiz Wert darauf, zu erklären, daß der frühere lettische Gesandte in Moskau, Herr Ozols, seit dem 1. Mai 1929 den Moskauer Gesandtenposten nicht mehr bekleidet und niemals von sowjetrussischen amtlichen Stellen beauftragt worden ist. Handel mit Kunstgegenständen getrieben zu haben. Wir kommen zum Wunsch, diese durch die Presse gegangene Nachricht zu demontieren, gern nach.

Eine Brand-Eide ist dieser Tage in den Gärten des Trocadero in Paris geplant worden, aber schon ist das Ermerungschild gestohlen worden.

30 Tage halbmast wehen alle Staatsflaggen der USA zur Trauer um Coolidge.

Blauer Himmel über dem stillen Friedhof von Schöneberg in der Ragstraße und mitten hindurch ein langer goldener Streif glühenden Abendrot an diesem unergötlichen Winterabend von gestern an dem Sozialdemokraten und Sozialdemokraten, Reichsbannerkameraden und Arbeiterjugendgenossen, die Mitkämpfer vom Parteivorstand, vom Bezirksverband und von den Kulturorganisationen, Mitkämpfer vom internationalen Gewerkschaftsbund ebenso wie vom Arbeitersport, unserem Eduard Bernstein die letzte Ehre erwiesen. Das schien vielen mehr als ein Zufallsfall der Natur, das war wie ein Symbol, eine Apotheose, eine Zukunftserhellung für den toten Kämpfer. Da standen die Alten, die ihn, Eduard Bernstein, vom Sozialistengesetz her noch kannten, da standen unter den Jungen die Amnestierten, die eben vor wenigen Tagen erst aus Zuchthaus und Gefängnis heraus der Freiheit, dem Freiheitstempel wiedergegeben waren.

Der Trauerzug

Ein langer Zug unserer Parteigenossen bewegte sich gestern nachmittag von der Mittelpromenade der Innsbrücker Straße aus durch die Warburgstraße, die Martin-Luther-Straße, die Brunnenstraße, die Klazienstraße, die Hauptstraße, die Tempelhofer Straße und dann die Ebersstraße über die Ragstraße zum Friedhof hin. Hinter dem Trommlerkorps und der Ehrenkompanie des Reichsbanners marschierten die Genossen aus dem früheren Wahlkreis Eduard Bernsteins. Aber nicht nur für seinen Wahlkreis, sondern für die gesamte Berliner Parteigenossenschaft war Eduard Bernstein ein Begriff. So konnte es denn nicht ausbleiben, daß aus allen Berliner Kreisen die Genossen zur Stelle waren, um dem alten Mitkämpfer die Ehre zu erweisen, die ihm gebührt. An der Spitze Trommlerchor und die Musik: Es erklingt das Lied vom „Guten Kameraden“, das wahrlich selten so angenehm, so würdig erklang,

wie an diesem Winterabend. Und dann kommen sie alle, im gleichen Schritt und Tritt, die Alten und Jungen, die Berliner Genossen, Schritt und Tritt der gleiche, den ihr Mitbürger, ihr Landsmann Eduard Bernstein gegangen ist.

Der Neuföhner Sängerkorps unter Leitung von Georg Ostaschmann leitete die Gedächtnisfeier mit dem Liede „Du fernes Land“ ein.

Löbes Gedenkrede

Dann nahm Paul Löbe das Wort zu einer kurzen Gedenkrede. Noch einmal ward dieses große und starke Kämpferleben lebendig. Die Leidtragenden sahen vor sich den jungen Bankangestellten, der über den Büchern grübelte, und vor ihnen entstand, lebendig, wie er sein und bleiben wird, der Eduard Bernstein, der im Exil der wissenschaftlichen Durchleuchtung des Marxismus sein ganzes Sinnen und Denken widmete und über die ganze sozialistische Welt Ruhm und Ansehen erwarb. Mit erhabener Stimme sagte Paul Löbe: „Er enttäuschte diejenigen, die von ihm eine Abschwächung oder Zerlegung der sozialistischen Ideen erwarteten. Kaum nach Deutschland zurückgekehrt, stand er als einfacher Soldat, als pflichtbewusster Kämpfer, um für die Ziele der Gesamtpartei zu werden. So erlebten wir Eduard Bernstein 1901 in Breslau, und als wir ihn mit einem Reichstagsmandat betrauten, sahen wir, welch rühriger und gewissenhafter Volksvertreter Eduard Bernstein war.“ Der Redner, der Lehrer, der Parlamentarier, der Schriftsteller Eduard Bernstein gewann in den Worten Paul Löbes zukunftsverheißendes Leben, und vor den Hunderten stand der Mensch mit den grundgütigen Augen und der sprühenden Lebendigkeit, die ihn auszeichnete. Da sah er in seiner Bibliothek mit den langen Bücherreihen, und die Freunde aus der ganzen Welt, die Deutschen, die Engländer, die Schweizer, die Georgier, die Armenier, die Palästiner kamen

zu ihm. Anliegen wurden Eduard Bernstein nicht etwa nur vorgetragen, nein, was man ihm zutrug verfolgte er mit heiligem Ernst. Bedauernd stellte Löbe fest, daß er nicht noch einmal die wissenschaftliche Bedeutung, das hohe Menschentum und den echten Familiensinn Bernsteins schildern könne. Dieser Aufgabe habe sich vor wenigen Tagen Friedrich Stampfer mit ergreifenden Worten unterzogen.

Löbe schloß: „Uns ist, als wäre der Alte mitten in seiner Arbeit, am Schreibtisch, eingeschlafen, uns ist, als sagte er in dieser Stunde: Freunde, trauert nicht! Mir war das Blut beschiden, ein langes, reiches Leben unserer großen Sache zu weihen! Nun führt die Fahnen, die Ihr so oft durch Kampf und Sturm getragen, die mir heute den letzten Abschied zugewinkt, hinaus vor das kämpfende Heer. Ich ruhe aus — Euch aber, Euch, ruft der neue Tag!“

Schluß der Feier

Genosse Lewin (sprach im Namen der Poale Zion und der Freunde des arbeitenden Palästina. In bewegten Worten rühmte er die herzliche Anteilnahme, die Eduard Bernstein an diesem Problem genommen hat.

Wieder sangen unsere Arbeiterlieder. Eisners „Gesang der Völker“ erklang. Freunde, Mitstreiter, Genossen spendeten, dankend und gelobend, Hände voll Erde. Fahnen und Fackeln wurden gesenkt.

Die Berliner Arbeiterchaft hatte mit eindrucksvoller Würde von einem ihrer Besten Abschied genommen.

Auch beim Rückmarsch der Reichsbannerkameraden waren die Annarochstraßen von teilnehmenden Massen umfüllt. Vor allem das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ wurde mit sympathisierenden Kundgebungen bedacht.

Die neue preußische Sparsamkeit

Luxusaufgaben für die Beamten des kommissarischen Regimes

Unter der Regierung Braun-Severing herrschte äußerste Sparsamkeit in der Repräsentation. Die Referenten im Finanzministerium verhielten sich gegenüber allen Repräsentationsausgaben löblich zurückhaltend. Darin scheint unter dem neuen Kurs der Reichskommissare eine Wende eingetreten zu sein.

Es wird uns berichtet, daß dem neuen Polizeipräsidenten Meißner die frühere Kommandeurswohnung im Polizeiamt Schöneberg als Dienstwohnung zur Verfügung gestellt worden ist. Kommandeur Heimannsberg hat dort 6½ Zimmer bewohnt, für Herrn Meißner sind 14 Zimmer bereitgestellt worden. Diese Wohnung ist die eigentliche Dienstwohnung des Berliner Polizeipräsidenten. Sie hat bisher allen Ansprüchen durchaus genügt. Jetzt mußte die Zahl der Zimmer verdoppelt werden. Außerdem wurden umfangreiche Ausbauten vorgenommen. So sind u. a. drei Bäder und drei Toiletten eingebaut worden.

Der Voranschlag für diese Arbeiten soll bereits um mehrere zehntausend Mark überschritten worden sein.

Bei diesen Ausbauten ist ferner auf größten Luxus Wert gelegt worden, es mußten z. B. rosarote Badewannen eingebaut werden. Auch im Polizeipräsidium am Alexanderplatz sind unter großen Kosten umfangreiche Ausbauten der Toiletten- und Baderäume vorgenommen worden, so sind eigene Fröktier- und Passageräume für den Polizeipräsidenten eingerichtet worden. Auch diese Ausbauten haben große Summen erfordert!

Verantwortlich für die Ausgaben und die Ueberschreitung der Voranschläge ist der Staatssekretär im Finanzministerium Scheufener, der nicht gewagt hat, die bisherige Sparsamkeit auch im neuen Kurs zu üben.

Wir fragen: gehören diese Luxusausbauten zum neuen Kurs? Waren den neuen Herren die Einrichtungen, die republikanische Beamte benutzt haben, zu schäbig und zu anspruchslos?

Vor allem aber: wir hören täglich von Vereinfachung der Verwaltung und Einsparungen, von Verordnungen und Beamtenabbau — wie reimt sich diese laut betonte Sparsamkeit mit diesen Luxusausgaben für die Leute des neuen Kurses zusammen?

Auch Kähler spart

Mit dem Reichskommissar für das Preussische Kultusministerium, Professor Kähler, beschäftigt sich der Abg. Jürgensen (Soz.) in einer Kleinen Anfrage im Preussischen Landtag. Er betont darin, daß von sozialdemokratischer Seite wiederholt der

Nachweis geführt sei, daß die Einfügung des Reichskommissars für Preußen keine Ersparnis, sondern Mehraufwendungen gebracht habe.

Das Verhalten des Prof. Kähler als Vertreter des Reichskommissars im Preussischen Kultusministerium biete erneut dafür Beweis. Während bis dahin die vorhandenen Dienstkraftwagen für die Dienstfahrten des Ministers und seiner höheren Beamten ausreichten, sei seit Einfügung des Herrn Prof. Kähler anscheinend ein erhöhter Bedarf eingetreten. Der Vertreter des Reichs-

„Ehrlich“

Kommunisten dürfen von Chemnitz nichts wissen

Tatbestand: Im Chemnitzer Stadtparlament haben Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen die Mehrheit, die Sozialdemokraten sind innerhalb dieser Mehrheit die stärkere Fraktion. Bei der Wahl der Stadtverordnetenversammlung kommandieren die Nazis jedesmal im ersten Wahlgang soviel Stimmen für den Kandidaten der Kommunisten ab, daß diese den Sozialdemokraten aus der Stichwahl drängt. Trotz dieser Schiebung im zweiten Wahlgang stimmen die Sozialdemokraten für die kommunistischen Kandidaten, die so gegen die nunmehr geschlossene — bürgerliche Rechte einschließlich der NSDAP. gewählt werden.

Was erzählt von diesen Vorgängen der kommunistische Parteigänger? — Nichts als folgenden Siegesbericht eines kommunistischen Straßenblattes:

Bei der gestrigen Sitzung des neugewählten Chemnitzer Stadtparlaments errang die kommunistische Liste zur Wahl des Präsidiums, bestehend aus drei Vorstehern, einen vollen Sieg.

Die Sozialdemokraten waren aufs höchste empört darüber, daß bei den Abstimmungen jedesmal der kommunistische Abgeordnete siegte; sie hatten immer nur für ihren eigenen Kandidaten gestimmt. Das Ganze nennen diese Demagogen Einheitsfront.

Der „Vorwärts“ erhebt heute morgen auf der ersten Seite im Feinddruck Wehklage über Wehklage, daß der Chemnitzer Stadtrat nunmehr ein rein „bolschewistisches“ Präsidium bestimme. Dieses denunziatorische Geschrei richtet sich in den Augen der Arbeiterchaft, die es ehrlich mit der roten Einheitsfront meint, vor selbst.

Förtgelogen wird hier die Wahlhilfe der Nazis im ersten Wahlgang für die kommunistischen Kandidaten, fortgelogen wird die Tatsache, daß im zweiten Wahlgang nur durch die sozialdemokratischen Stimmen die Wahl der Kommunisten gegen die Bürgerlichen erzielt wurde. Die kommunistischen Leser dieses St-

kommissars habe, wie verlautet, vom Polizeipräsidium Polizeidienstkraftwagen kommen lassen. Mit großem Erstaunen habe dann die elende Dienststelle im Polizeipräsidium festgestellt müssen, daß anstatt Dienstfahrten Vergnügungsfahrten von Familienangehörigen des Herrn Professors Kähler unternommen worden seien.

Das Staatsministerium wird gefragt, ob es billige, daß Prof. Kähler seine Stellung dazu mißbrauche, um sich Polizeidienstwagen mit Chauffeur zur Verfügung stellen zu lassen und sie dann zu Spazierfahrten für Frau und Kind zu benutzen, sowie ob das Staatsministerium bereit sei, beim Reichskommissar dafür einzutreten, daß diese Verschwendung öffentlicher Mittel durch seinen Vertreter im Kultusministerium sofort unterbunden werde.

gegengewechs müssen freilich glauben, daß Engel vom Himmel die Kommunisten gewählt hätten, die in Chemnitz von 60 Stadtratsmitgliedern genau 14, also weniger als ein Viertel innehaben. Aber — getrost — es wird sich auch nicht ein linientreuer Stalinist den Kopf darüber zerbrechen, wie der „volle Sieg“ dieses knappen Viertels eigentlich zustandekam. Dafür wird er um so emsiger lernen, wie man es „ehrllich“ mit der roten Einheitsfront meint: indem man sich im ersten Wahlgang von den Nazis gegen die Sozialdemokraten, im zweiten von den Sozialdemokraten gegen die Bürgerlichen helfen läßt, und dann als Quittung einen Schimpfartikel gegen die Sozialdemokratie zusammenklügelt!

Sozialtermin in Frankfurt Mädchenmord mit dem Hakenkreuz

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Frankfurt a. M., 6. Januar.

In dem Mordprozeß gegen die Nationalsozialistischen Studenten, Eich und Uetz wegen der Ermordung der Hausangestellten Emma Busse, der Geliebten des SA-Mannes Stubenrauch, fand am Freitagabend ein Sozialtermin auf der Main-Neckar-Brücke statt. Die Angeklagten, insbesondere der Hauptangeklagte Stubenrauch, verkehrten bei ihrer Abflugung der Tal, obwohl gerade Stubenrauch bei dem Sozialtermin der Voruntersuchung seine Täterschaft nicht nur eingestanden, sondern im einzelnen am Tatort vordemonstriert hatte.

Die italienische Amnestie. Die Gesamtzahl der auf Grund der Amnestie vom 31. Dezember 1932 aus der Haft Entlassenen beläuft sich auf 22.173. Es handelt sich in der großen Mehrheit um unpolitische Delikte, die amnestiert werden, während die Antifaschisten größtenteils ausgenommen worden sind. — Die Nachricht von einer Auslandsflucht des einstigen Faschistengeneralsekretärs Augusto Turati wird dementiert.

Vom Leidensfelch der Jugend

Bedenkliche Einschränkungen der Jugendpflege

Es ist nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Finanznot der Stadt Berlin der Magistrat alle als nicht lebensnotwendig erscheinenden Ausgaben zu streichen bemüht ist. Wertvolle Einrichtungen auf den verschiedensten Gebieten der kommunalen Fürsorge wurden bereits stillgelegt, bessere Zeiten sollen sie wieder in Betrieb setzen. Die besseren Zeiten liegen bestimmt nicht in der näheren Zukunft.

Auf dem Gebiete der Jugendpflege können bereits sehr bedenkliche Einschränkungen festgestellt werden. Sollte sich die Deffektivität nicht mehr als bisher mit dem großen Werte der vorbeugenden Jugendfürsorge, das ist praktisch die Jugendpflege, befassen, dann werden wir in nicht allzu ferner Zeit die völlige Zertrümmerung der einst so vorbildlichen kommunalen Jugendpflege in Berlin feststellen können.

Mit viel Verständnis und großen Kosten geschaffene Jugendheime sieht man langsam aber desto sicherer verkommen. Ausreichende Mittel für ihre Instandhaltung werden ganz einfach nicht mehr bewilligt. Genau so geht es mit den Sportplätzen. Für den Finanzfachverständigen mögen diese Einrichtungen nicht lebensnotwendig sein, sie sind es aber zweifelsfrei für die Jugend. Will man die Jugend noch tiefer ins Elend stoßen, damit gewisse Kreise von der Verderbtheit der Jugend sprechen können? Hat die erwachsene Generation noch nicht genügend an der Generation von morgen gefündigt? Die Jugend trägt bestimmt nicht die Schuld an den wahnwitzigen Verhältnissen unserer Tage, sie muß aber leiden. Wehrsport mit Kasernendruck, freiwilliger Arbeitsdienst, der gar nicht freiwillig ist, denn die Jugendlichen werden größtenteils vom Hunger in die Lager getrieben, geben der Jugend bestimmt nicht das, was die erwachsene Generation ihr schuldet: jugendgemäßes Leben, jugendgemäße Entwicklungsmöglichkeit. Treibt man eine intensive Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, um die Jugend dann später hoffnungslos geistig und materiell verkommen zu lassen?

Sparpolitik beim Schulkind

Aber auch bereits bei dem Schulkind treibt man eine kaum verantwortliche Sparpolitik. Sieht man nicht, oder will man nicht sehen, daß sich die Schulkinder körperlich in einem Zustande befinden, der eine Verschlechterung ganz einfach nicht mehr verträglich? Man nehme die Hilferufe der Lehrerschaft und der Schulkinder nicht gar zu leicht. Es kann sehr leicht der Zeitpunkt eintreten, an dem die von falschen Sparmaßnahmen ausgelassenen gesundheitlichen Schäden der Kinder nicht mehr ausgeglichen werden können. Sieht es mit der Kleidung der Kinder, mit dem Schuhzeug, nicht teilweise grauenhaft aus?

Trotz des denkbar schlechten Ernährungszustandes der Schulkinder in den proletarischen Bezirken erfolgte die **Einschränkung der Kinderpeisung**. Auch die erwerbslosen Eltern von spielenden Kindern müssen nach einer Magistratsverfügung zur Kostendeckung herangezogen werden. Die zu zahlenden Wochenätze sind nur scheinbar niedrig, für Erwerbslose sind sie zu hoch und nicht tragbar. 70 oder 50 Pf. in der Woche können eben von gar mancher erwerbslosen Familie nicht aufgebracht werden. Theoretische Betrachtungen helfen hier nicht weiter. Sie mögen rein rechnerisch auf dem Papier stimmen, die Praxis ergibt ganz andere Resultate. Die angelegene Magistratsverfügung wurde außerdem zu einem Zeitpunkt in Kraft gesetzt, der eine starke Herabsetzung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen und für die Wohlfahrtsempfänger brachte. Die Folge war, daß 40 bis 50 Proz. der bis zu diesem Zeitpunkt spielenden Kinder aus der Schulpeisung ausschieden. Ausgelöst durch einen Antrag der SPD, ersuchte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig den Magistrat um Aufhebung der Verfügung. Dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung gegenüber hat sich der Magistrat in Stillschweigen gehüllt. Die Verfügung ist noch heute in Kraft.

Eingeschränkte Erholungspflege

Mit dem Großreinemachen in der Berliner Jugendpflege scheint der Magistrat sein gestecktes Ziel noch nicht erreicht zu haben. Man plant nunmehr einen in seinen Folgen schwer zu übersehenden Abbau auf dem **Gebiete der Erholungspflege für Schulkinder**. Man muß in aller Deffektivität auf diesen Plan hinweisen, um seine Durchführung zu verhindern, denn es dreht sich um Sein oder Nichtsein der Erholungspflege von rund 50 000 Kindern.

Sachlich wäre festzuhalten, daß es Pflicht ist, Betrachtungen darüber anzustellen, ob z. B. an die Stelle der verhältnismäßig kostspieligen Heimverpflegung nicht ein annähernd gleichwertiger Ersatz treten kann, der außerdem eine wesentliche Einsparung zeitigen könnte. Eine Fragestellung solcher Art ist durchaus diskutabel. Man erwäge vor allen Dingen stärksten **Ausbau der örtlichen Erholungspflege** unter besonderer Berücksichtigung der Schaffung von Innenspielplätzen während der großen Ferien. Solche ge-

schlossenen Innenspielplätze konnten im Humboldthain, Friedrichshain, Tiergarten, Treptower Park eingerichtet werden. Innenspielplätze geben erfahrungsgemäß gute und beste Erholungsmöglichkeiten. Die **Außenspielplätze** müßten den älteren und kräftigeren Kindern vorbehalten bleiben, für sechs- bis zehnjährige und für schwächliche Kinder sind sie wenig oder gar nicht geeignet.

Unverständlich ist, daß man zu gleicher Zeit in allem Ernste an einen Abbau der **Verpflegung von Kindern an Verwandten** denkt. Rund 30 000 bis 40 000 Kinder werden alljährlich durch Vermittlung der Jugendämter, in der Hauptsache in Kinderferienlagern, zu Verwandten verschickt. Die Stadt leistet zu dieser Verpflegung kaum nennenswerte Zuschüsse. Sie stellt lediglich Arbeitskräfte in den verschiedenen Dienststellen. Um Arbeitskräfte zu sparen, plant man nun die Verschickung dieser Verpflegungsart. Um 40 bis 50 Arbeits-

kräfte für ganz Berlin einzusparen, will man allen Ernstes 30 000 bis 40 000 Kindern die Möglichkeit einer Erholung bei Verwandten nehmen.

Mit aller Energie muß verlangt werden, daß man von der Weiterverfolgung dieses ungläublichen Planes Abstand nimmt. Man verführe sich nicht noch mehr an den schwere Not leidenden Kindern der Berliner Arbeiterbevölkerung. **Auf dem Gebiete der Jugendpflege ist bereits genug verschlagen**. Was noch vorhanden ist, ist lebensnotwendig, das sei zu Beginn des neuen Jahres mit aller Deutlichkeit den Rechnern am grünen Tisch gesagt, den Rechnern, die sich vielleicht überhaupt nicht in die Lage von Erwerbslosen versetzen können, die sich wohl niemals den Kopf darüber zerbrechen haben, wie es in der jetzigen Krisenzeit in den Arbeiterfamilien zugeht.

Die Jugend leidet genug, darum nochmals: **hände weg von der kommunalen Jugendpflege!**

Das Fliegen im Nebel!

In Tempelhof wird blind geflogen

Das Fliegen hat sich in den Vorstellungskreis des Nachkriegsmenschen derart eingebürgert, daß wir nichts dabei finden, wenn die Maschinen der Luft-Hansa mit größter Regelmäßigkeit von Berlin nach London, Paris oder Wien starten oder wenn dieser oder jener Pilot mit seiner Maschine Exkursionen in Länder unternimmt, die der gewöhnliche Sterbliche nur von der Landkarte her kennt. Aber wenn Nebel über der Erde liegt, wird das Fliegen schwieriger. Ganz schwierig ist es, bei Nebel zu starten oder den Hafen zu finden. Um den Berliner Flugplatz in Tempelhof erheben sich z. B. unliebsamerweise Hindernisse, die Schornsteine von Sarotti, der Rindbrauerei, des Menschen Hüttenwerkes und schließlich die Genezarethkirche und das Karstadt-Gebäude am Hermannplatz. Der Flieger, der im Nebel blind zu fliegen, d. h. ohne Sicht von Himmel und Erde, lediglich nach dem Anzeigen von Instrumenten und Funkangaben der Peilstationen zu fliegen hat, muß durch diese Hindernisse hindurchgeleitet werden. Gewissermassen wie der Lotse das Schiff in den Hafen geleitet. Die Deutsche Luft-Hansa, die seit Jahren ihr Personal im Blindfliegen schult, hat dafür das z. B. Verfahren entwickelt.

Direktor Milch von der Luft-Hansa erklärte am Freitag einem besonderen Kreis dieses z. B. Verfahrens. Es besteht darin, daß man das von der Strecke kommende Flugzeug zunächst an den vernebelten Flughäfen heranpeilt. Sobald es sich über dem Platz befindet, gibt man ihm den Auftrag, genau in östlicher oder westlicher Richtung

— je nach der herrschenden Windrichtung — abzubiegen. Nach einer generellen Dienstweisung fliegt der Führer dann in etwa 500 Meter Höhe genau acht Minuten auf dieser Grundlinie, macht hierauf eine Wendung und nimmt genauen Segentkurs auf den Flughäfen zu, indem er langsam niedriger geht. Während dieses Anfluges erhält er jede Minute, d. h. etwa alle drei Kilometer, von der Peilstation die Angabe des Kurfes, den er einhalten muß. Er korrigiert seinen Kurs entsprechend und befindet sich bei der siebenten Peilung in einer Höhe von etwa 100 Meter unmittelbar am Platz. Dann erhält er vom Flugleiter das Signal z. B. nach welchem das ganze Verfahren als z. B. Verfahren bezeichnet wird, durchstößt die Wolken und gleitet bis dicht über den Boden, um dort das Flugzeug abzufangen. Nach diesem Verfahren können selbst bei Wolkenhöhen von nur 40 Meter und einer auf wenige hundert Meter begrenzten Sicht völlig sichere Landungen ausgeführt werden.

Der Anflug zum Flughafen erfolgt auf einem genau festgelegten Weg, von Hindernissen wie Schornsteinen, Kirchtürmen usw. frei ist. Man bezeichnet diese Anflugzone als Peilschneise; in ihr muß sich der gesamte Anflug vollziehen, andernfalls er zu wiederholen ist. Man vermeldet also auf alle Fälle, daß das Flugzeug in eine Gegend mit höheren Erdbindernissen gerät. Beim Berliner Flughafen liegt die Peilschneise in ost-westlicher Richtung; sie hat einen Öffnungswinkel von 30 Grad und umgeht damit die oben erwähnten Hindernisse.

Das Eis ist los!

Mißgeschick zweier Eisangler!

Böses Mißgeschick erlebten gestern nachmittag zwei Angler, die sich zu weit auf das stark brüchige Eis des Müggelsees bei Friedrichshagen hinausgewagt hatten. Die beiden Männer waren ganz vertieft ihre Schnüre hinaus ins offene Wasser, ohne zunächst zu bemerken, daß sich die Eisdicke, auf der sie standen, langsam löste. Zu ihrem Schrecken wurden sie plötzlich gewahr, daß sie mit der Eishölle in den See hinaustrieben. Der Vorfall war von Ausflüglern vom Ufer aus bemerkt worden. Man alarmierte die Feuerwehr, die mit zwei Löschzügen, einem Spezialfahrzeug und dem Feuerlöschboot, an die Unfallstelle eilte. Da das Feuerlöschboot Schwierigkeiten hatte, bei dem starken Eisgang schnell genug an die Unfallstelle heranzukommen, wurden die Rettungsmanöver vom Ufer aus bemerkt. Die Feuerwehrleute wurden angefleht, da die Eisfläche verdächtig nachgab, und mit Leitern und Brettern konnte den beiden Anglern endlich Hilfe gebracht werden.

Das Eis auf den Gewässern in der Umgebung Berlins ist durch das für die Jahreszeit abnorm milde Wetter derart brüchig geworden, daß vor dem Betreten der See- und Flußläufe nur nachdrücklich gewarnt werden kann. Die trügerische Eisdicke bedeutet für jeden größte Lebensgefahr!

Neuer Droschkentarif?

50 Pfennig Grundgebühr gefordert

Die Arbeitsgemeinschaft Berliner Kraftdroschkenbesitzer, in der alle Organisationen der Kraftdroschkenbesitzer zusammengeschlossen sind, verlangt seit längerer Zeit die Änderung des bisherigen Kraftdroschkentarifs. Anfang nächster Woche sollen

nun zwischen dem Kraftverkehrsamt und der Arbeitsgemeinschaft erneut Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Fahrtarifs stattfinden. Die Kraftdroschkenbesitzer fordern die Befreiung des jetzigen Zuschlags von 20 Pf. und verlangen die allgemeine Erhöhung der Grundgebühr auf 50 Pf. Zum Ausgleich dafür soll die Anzahl der weiteren Kilometer, nach denen die Uhr um 5 Pf. vorwärts rückt, vergrößert und so eine Verbilligung der Langfahrten erzielt werden.

Ob das Kraftverkehrsamt und der Polizeipräsident sich mit diesem hohen Anfangsatz, durch den die Kurzfahrten verteuert werden, einverstanden erklären werden, läßt sich bisher nicht sagen. Die Kraftdroschkenbesitzer erklären zur Begründung ihrer Forderungen, daß vor dem Kriege die Grundgebühr sogar 70 Pf. betragen habe und daß es ihnen angesichts der Benzinpreiserhöhung und durch die Verteuerung des Treibstoffs infolge Spritbeimischungszwanges nicht mehr möglich sei, mit den bisherigen Zuschlägen zu arbeiten.

Greifin niedergeschlagen

In der Wohnung überfallen

Die 80 Jahre alte Gastwirtswitwe Johanna Schwiebertz wurde gestern in ihrer Wohnung in der Köpenicker Straße 68 von einem bisher unbekanntem Täter überfallen und niedergeschlagen. Schwere Verletzungen erlitt die Greifin ins Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht werden.

Bei Frau Schw. erschien gegen 16 Uhr ein jüngerer Mann, angeblich um ein möbliertes Zimmer zu mieten. Zuhörungslos ließ die alte Frau den Fremden ein. Kaum hatte sie die Tür geschlossen, als der Burke über sie verfiel, einen auf dem Tisch liegenden Plattbolzen ergriff und damit auf sein Opfer einschlug. Frau Schw. brach zusammen und lag längere Zeit ohne

Bewußtsein. Als sie wieder zu sich kam, schleppte sich die Greifin mit Aufbietung der letzten Kräfte bis zur Wohnungstür, wo Hausbewohner auf ihr Binnern aufmerksam wurden. Im Krankenhaus kam die Schwerverletzte, die mehrere Kopfverletzungen erlitten hat, für wenige Minuten zu sich. Eine Beschreibung des Täters war bisher jedoch nicht zu erhalten.

Das Befinden der Ueberfallenen ist befürsorgniserregend, da der Schädel mehrfach gespalten wurde und das Gehirn verletzt ist.

Reichsbank baut

Ein 25-Millionen-Projekt

Die Reichsbank beabsichtigt, noch im Laufe des Sommers mit der Errichtung eines Erweiterungsbaues für das Hauptgebäude zu beginnen, in dem in der Hauptsache die großen Betriebsabteilungen wie Kasse, Girofontor, Devisen- und Kreditabteilungen untergebracht werden sollen.

Das Terrain, das bebaut werden soll, liegt zwischen der Kur-, Alten Leipziger, Unterwasser- und Holzgartenstraße und hat eine Größe von etwa 10 000 Quadratmeter. Auf diesem Terrain stehen zur Zeit etwa 35 Gebäude, in denen neben Dienststellen der Reichsbank eine Anzahl von Privat- und Geschäftsleuten untergebracht sind. Diese Grundstücke sollen möglichst schon im Frühjahr abgerissen werden, so daß — wie bereits gesagt — voraussichtlich im Sommer mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen werden kann. Die Bauzeit wird etwa drei Jahre dauern, sofern sich nicht unvorhergesehene Ueberbahrungen bei dem teilweise sehr unsicheren Baugrund ergeben sollten. Die gesamten Baukosten bereits jetzt genau anzugeben, ist schon aus diesem Grunde nicht möglich; sie dürften aber zwischen 25 und 30 Millionen Mark liegen. Die Ausarbeitung der Pläne ist in diesem Falle besonders schwierig, da im Betriebe der Reichsbank auf ganz einzigartige Verhältnisse Rücksicht genommen werden muß. Die Pläne stehen noch keineswegs endgültig fest, sondern werden zur Zeit noch im Reichsbank-Baubüro Berlin bearbeitet, das über reiche, im Laufe der Jahre bei Reichsbankbauten in der Provinz erworbene Erfahrungen verfügt. Für die Unterbringung der augenblicklich in den abzubrechenden Gebäuden sich befindlichen Büros sind bereits andere Räume in der Nähe des Hauptgebäudes vorgelesen. Eine Unterbringung in dem Gebäude der Disconto-Gesellschaft (Unter den Linden) ist — entgegen anderen Meldungen — nicht in Aussicht genommen.

In wenig Worten

Die kleine Rosemarie Boddin, die, wie bekannt, von ihrer Mutter von der Grenzstraßenbrücke auf den Bahndamm geworfen worden war, um von einem Zuge überfahren zu werden, wird in diesen Tagen aus dem Lazarus-Krankenhaus entlassen.

Der Ueberfall auf den angeblichen amerikanischen „Reporter“ Leonard Riback aus Chicago, der in der Nacht zum 21. Dezember vorigen Jahres nach seinen Angaben in der Kurfürstenstraße überfallen worden sein wollte, hat sich jetzt als Schwindel herausgestellt. Riback ist seit Heiligabend aus Berlin verschwunden. Mit einer Regerin hat er das Weite gesucht.

Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Franz Lange, der vor einigen Monaten vom Dresdener Schwurgericht wegen doppelten Meineids im Prozeß Uralzeit zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war und in den nächsten Tagen nach Verurteilung der Revision ins Zuchthaus Waldheim gebracht werden sollte, hat in der Nacht zum Freitag im Dresdener Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch gemacht.

Das Rittergut Saarmund bei Potsdam, aus dem Besitz des preussischen Prinzen Friedrich Leopold jun., kommt demnächst unter den Hammer. Die zahllosen Gläubiger des Prinzen werden freilich aus dem Erträgnis nur zu einem geringen Teil befriedigt werden können. Prinz Friedrich Leopold, der seit Jahren als Kapitalküchling in Lugano lebt, hat innerhalb kurzer Zeit mehrere Millionen Mark verschwendet.

Die Hamburger Behörden sind seit einigen Tagen mit der Unterfuchung größerer Tabakfahrgänge beschäftigt. In diesem Zusammenhang wurden einige von der Ostsee in den hiesigen Hafen eingelaufene Schiffe von Beamten untersucht. In zwei Fällen gelang es, größere Mengen Tabak zu beschlagnahmen, die anscheinend in Holtenau an Bord geschmuggelt worden waren.

„Mit dem Fahrrad über die vulkanischen Anden“, Erlebnis aus Zentral- und Südchile, lautet das Thema des Vortrages, den Siegfried Schlie, unterstützt durch zahlreiche Lichtbilder, am Mittwoch, 11. Januar, abends 8 Uhr, in der Treptow-Sternmarke hält.

Die Nazis haben ihre gesamten Kräfte auf die Wahl im kleinen Lippe konzentriert.

Der Widerstand gegen das Dritte Reich — Weißblauer Partikularismus

München, 6. Januar.

Im Papen-Jahr, dem tollsten seit Bestehen der deutschen Republik, hat der königliche Freistaat Bayern nicht schlecht abgeschnitten. In der Gesamtbilanz der deutschen Innenpolitik ist der bayerische Posten ziemlich weit nach vorne gerückt und hat eine erheblich größere Bedeutung erhalten als in früheren Jahresbilanzen. Schon die ersten Monate der beginnenden Nazi-Inflation brachten ihm eine Wehrung des Ansehens, nachdem Verlauf und Ergebnis der Reichspräsidentenwahlen den Beweis geliefert hatten.

Daß die große Mehrheit der bayerischen Bevölkerung von einer Hitler-Diktatur nichts wissen will und unter Umständen sogar bereit ist, einem Dritten Reich den Uebergang über den Main nicht zu gestatten.

In einer klaren Entscheidung hatten die bayerischen Wähler am 13. März und am 10. April ihr Land zu einem zuverlässigen Bollwerk der Demokratie gemacht und die drei nachfolgenden Wahlen bekräftigten erst recht die Tatsache, daß die Gegnerschaft zu Faschismus und Diktatur keiner Saisonlaune, sondern politischem Charakter entsprungen war. Diese Erkenntnis verschaffte dem Lande in den Frühmonaten der Hitlerzeit den Ruf einer demokratischen Insel in Deutschland und zog viele außerbayerische Herzen und so manche Sehnsucht in ihren Bann.

Als dann der Berliner Herrenklub die Regierung der Barone in den Sattel hob, ertönte wiederum aus bayerischen Landen das unfreundlichste Echo. Das zweite Totenerbe des Papens ans Hakenkreuz, die Freigabe der Straße für die braune Soldateska, zeitigte jenen schweren Konflikt der Reichsgewalt mit den Ländern, in dem unter Führung Bayerns die Polizeihohheit zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens aufs äußerste verteidigt wurde, bis eine weitere Diktatorverordnung der Barone den Ländern ihre verfassungsmäßige Rechtspflicht für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit aus den Händen schlug und die Schleusen zum blutigen Bürgerkrieg öffnete. Trotz dieses Gewaltstreiks von oben, der dem Reichsoberhaupt die ihn in Bayern besonders zugewachsenen Sympathien kostete, stellte sich Bayern nicht verdrossen in die Ecke, sondern setzte alles daran, um in tatkräftiger Abwehr der neu wütenden brutalen Mordbege und des blutigen Terrors wenigstens die gemeinsten und rohsten politischen Verbredchen von seinem Gebiet fernzuhalten.

Ein weiteres Verdienst erwarb sich Bayern durch seinen Widerstand gegen die dritte und größte Liebesgabe Papens an die Nazis, die unter Gewaltandehung erfolgte Absehung der verfassungsmäßigen Preußen-Regierung. Mit seiner Rechtsverwahrung im Reichsrat und der Klage beim Staatsgerichtshof trug es wesentlich dazu bei, daß im öffentlichen Urteil der Sinn und Zweck dieses unerhörten Verfassungsbruchs klar erkannt wurde. Wohl stellte sich im weiteren Geschehen heraus, daß das offizielle Bayern den Weg der demokratischen Tugend nicht selbstlos beschritten hatte,

sondern daß es die mit der Preußen-Aktion in Angriff genommene Reichsreform dazu benützen wollte, um die Weimarer Verfassung auf das Jahr 1871 zurückzuführen und verlorengegangene Hoheitsrechte zurückzugewinnen.

Einige schnellfüßige Partikularisten dachten schon daran, dem katholischen Herrenreiter bei seinem Staatsbesuch in München Ehrenportalen zu errichten, doch hatten sich die gescheiterten Leute sozial gefundes Mißtrauen bewahrt, daß sie die föderalistischen Befehlsbefehle des Herrenklubfanzlers als hohle Phrasen erkannten und hinter ihnen ein großpreußisches Gespenst erblickten. Als dann der Herrenreiter bei der großen Hürde des 6. November in weitem Bogen aus dem Sattel flog, ließ man die bayerische Schallplatte „Zurück zu 1871“ nicht mehr täglich spielen und ist jetzt vorsichtig genug, sie vorläufig nur noch zum gelegentlichen Hausgebrauch zu verwenden.

Die bayerische Geschäftsregierung Dr. Held, mit dem Beinamen: die Unterblische, will und kann sich nicht exponieren. Seit der Abwanderung des Justizministers Görtner ins deutschnationale Berliner Kemterparadies ist ihre Basis unentwärtlich schmal geworden und sie bietet von außen und erst recht von innen gesehen nur noch den Anblick eines bloßen Vollzugsauschusses der Bayerischen Volkspartei. Ihr Leben kräfte sie dem Grunde nach nur vom unerschöpflichen Gegenatz zwischen Sozialdemokratie und Nazifaschismus, sie ist zur Untätigkeit und schließlich zu verfassungswidrigem Verhalten gezwungen, sobald die Wehrheit sich in lauchlicher Opposition zusammenfindet. Das ist bisher schon in weniger wichtigen innerpolitischen Fragen der Fall gewesen und hat jeweils zu langen Auseinandersetzungen und heftigen Stürmen im Wasserglas geführt. Es ist un schwer vorauszu sehen, daß neue Ereignisse in der Reichspolitik und vor allem die notwendigen Entscheidungen in den mit der Vorlage und Verabschiedung des Haushalts 1933 verbundenen Finanzfragen eine Zeit politischer Spannung in Bayern bringen, denen das 25-jährige geschäftsführende Kumpfkabinett nicht mehr gewachsen ist.

Den Schlüssel zu der verfassungsmäßig allein befriedigenden Lösung, Bildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung, hat nach wie

vor die Bayerische Volkspartei in Händen, in der sich aber immer noch die Kräfte für oder gegen eine positive Entscheidung streiten und die Waage halten. Das im Reich bequeme Mittel einer Parlamentsauflösung läßt sich in Bayern nicht anwenden, da die bayerische Verfassung nur eine Selbstauflösung der Volksvertretung kennt und die Fraktion der Braunhäusler schon durch bloßes Fernbleiben von der Abstimmung imstande ist, jeden Auflösungsbeschluss zu verhindern. Daß sie im gegebenen Fall davon Gebrauch macht, steht bei dem inneren Krankheitszustand der Nazi-Partei in sicherer Aussicht. Von dem im April 1932 auch in Bayern unnatürlich ausgeblähten Hitlerbongon zu erwarten, daß er bescheiden wird und sich nach dem Willen des Volkes richtet — dazu gehörte ein Uberglaube, der hinter dem Vertrauen in die Soukelen eines Medizinmannes nicht zurückstehen würde!

Stinkbombe gegen Sebering Eine dreiste Anzeige zurückgewiesen

Halle, 6. Januar.

Gegen den Genossen Sebering war auf eine Anzeige hin ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Es war ihm zum Vorwurf gemacht worden, daß er die Erstattung von Gerichtskosten an den früheren Regierungspräsidenten v. Harnack angeordnet habe, die diesem in einer Privatklagesache des Stahlhelmführers Oberstleutnants Duesterberg gegen v. Harnack auferlegt waren.

Dieses Ermittlungsverfahren gegen Sebering ist nunmehr eingestellt worden. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sind in der Beleidigungsfrage des Oberstleutnants Duesterberg gegen v. Harnack die Gerichtskosten in Höhe von 100 Mark sowie die gesamten Gerichtskosten erster und zweiter Instanz vom Regierungspräsidenten v. Harnack persönlich aus eigenen Mitteln bezahlt worden. Unter diesen Umständen scheidet eine Begünstigung schon aus objektiven Gründen aus. Die Kosten des Verteidigers Harnacks und des Anwalts des Privatklägers Duesterberg seien zwar vom Staat erstattet worden. Nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft handelte es sich jedoch dabei um Zahlungen im dienstlichen Interesse. Aus diesem Grunde kann nach Auffassung der Staatsanwaltschaft von einer Untreue oder Unterschlagung nicht die Rede sein, zumal Sebering die erstatteten Beträge sich nicht zugeeignet habe.

„Auf den einen kommt es nicht an“

Was die Nationalsozialisten über den Fall Hentsch sagen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Freiberg (Sachsen), 6. Januar.

Wir wandern von Klingenberg über die stille Beerwälder Mühle, Reichstadt nach Dippoldiswalde. Dann besuchen wir die Stelle in der Maller-Talsperre, in die „braune Kameraden“ ihren langjährigen Mitkämpfer versenkten, pilgerten über Paulsdorf, Paulshain und Ruppendorf wieder nach der Bahnlinie Dresden—Chemnitz zurück. Wie sprachen mit Menschen aller Schichten. Die Sozialisten in der ganzen Umgebung haben die Initiative in der Aufklärung des verabscheuungswürdigen Verbredchens an sich gerissen. Auch die Indifferenten verurteilen den Mord aufs schärfste. Die Nationalsozialisten bejahen die grauenhafte Tat. Nicht ein einziges Mal bezeugt einer von ihnen auch nur das geringste Mitleid. So kommt es, daß alle anständigen Menschen von ihnen abraden. Bürgerliche Kreise dieses Gebiets sind in weitem Maße für die Partei der Fememörder verloren.

„Man müßte es ebenso machen—!“

Klingenberg. Morgenrot glüht über den Waldbergen im Südosten auf. Felder, Wiesen und Waldstücke sind mit rotbraunem Leuchten überhangen. Grüner Winter liegt über dem Land. Er hatte mit seiner Schnee- und Wasserarmut zur Folge, daß man die Leiche des von der braunen Feme hingeschlachteten SA-Mannes Hentsch aus Dresden in der Talsperre Maller zeitiger fand, als es die Mörder vermuteten.

Ein einfacher Mann mit einem Handwagen — er will Keilig aus dem Walde holen — begleitet uns ein Stück Weges. Seine Meinung über diesen Fememord konzentriert sich in der drastischen Aeußerung: „Mit den Wördern müßte man es ebenso machen!“ Holzfuhrleute an der Klingentaler Talsperre erklären: „Weiß Hitler und alle Nordbeher seines Schlages aus Deutschland aus — und es gibt keine Fememorde mehr!“

„Das rote Gelumpe!“

In Dippoldiswalde gehen wir in einige nationalsozialistische Verkehrslokale. In „Stadt Dresden“ sagt ein Nazi: „Na, gefestern abend waren im Schützenhaus die roten Lampen und Bongon mal alle beisammen. Es soll sehr voll gewesen sein; 1800 Menschen waren da. Aber dieses rote Gelumpe — das sind ja gar keine Menschen!“



„Und wenn uns ganz Deutschland verloren geht, Lippe muß uns bleiben!“

Neuer Kameradenmord? Ein SA.-Mann seit Wochen spurlos verschwunden

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Detmold, 6. Januar.

Gerade, da die Empörung über den Dresdener Nazi-Fememord auf den Höhepunkt gestiegen ist, wird hier das Verschwinden eines 18-jährigen SA-Mannes bekannt. Vor sieben Wochen besuchte Herbert Krüd, der der Detmolder SA angehört, seinen Onkel in Bad Lippspringe. Von dort fuhr er mit dem Rade weg und seitdem fehlt jede Spur von ihm. Die Eltern hegen schlimmste Befürchtungen. Die Polizei hat alle in Frage kommenden Stellen unterrichtet, den Verschwindenden im Fahndungsblatt und durch Rundfunk suchen lassen, aber bisher ohne jeden Erfolg. Der SA-Mann Krüd ist

spurlos verschwunden. Für das Vorliegen einer Gewalttat fehlt bis jetzt noch ein Anhaltspunkt. Im Hinblick auf den Dresdener Kameradenmord werden aber Befürchtungen in dieser Richtung gehegt.

SS. gegen SA.!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Stuttgart, 6. Januar.

Ueber die Prügelei im Stuttgarter Braunen Haus in der Silvesternacht macht die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ jetzt folgende näheren Angaben:

„In der Silvesternacht gingen vier Stuttgarter SA-Leute des westlichen Stadtteils, von einer Silvesterfeier heimkehrend, zum Braunen Haus. Vor der Tür haben sie etwas laut politisiert. Darauf stürzten elf SS-Leute aus dem Haus und schlugen ohne jede vorherige Klärung der Lage wie wild mit Schulterriemen auf die SA-Leute ein. Als diese dagegen protestierten und ihre SA-Answaise vorzeigten, gab es erst recht Prügelei. Die Tatsache, daß es sich um SA-Leute handelte, wirkte auf die SS. anfeindend besonders erbitternd, und sie prügelten mit solchem Rachedrud und solcher Kameradschaftlicher Hingabe, daß ein SA-Mann Helmut Sey ohnmächtig liegen blieb, ein anderer SA-Mann, Kurt Sey, und ein dritter mit Namen Artur Heuschke kamen auch nicht gut weg. Es war dann schließlich einer der vier SA-Leute, der angesichts der wüthischen Rohheit der „Kameraden“ zur Polizeiwache in der Schillerstraße sprang und Hilfe holte. Als von der Polizei eine Anzahl SS-Leute auf die Wache gebracht wurde, benahmen sich diese Rowdys auch auf der Wache noch besonders unverschämt und froh.“

Das Stuttgarter Naziblatt und die Stuttgarter Polizei schweigen sich über den Vorfall noch immer aus.

Bürgerchaftspräsidium in Bremen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Bremen, 6. Januar.

Bei der Neuwahl des Präsidiums der Bremer Bürgerchaft, die alljährlich in der ersten Sitzung im Jahre stattfindet, wurde an Stelle des aus der Bürgerchaft und aus der NSDAP. ausgeschiedenen nationalsozialistischen früheren Präsidenten Dr. Bachhaus der Sozialdemokrat Max Jahn gewählt. Die Kommunisten stimmten in allen Wahlgängen gegen den Sozialdemokraten.

Das neue russische Luftschiff SSSRW II wurde bei Komgorod von einem Unglück betroffen. Es wurde wegen Motorenfehlers abgetrieben, mußte nach zwanzigstündigem Treiben anlanden und konnte nicht wieder aufsteigen. Es wird ausgenommen werden.

Konkursabkommen mit Oesterreich. Am 30. Dezember ist in Wien ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Konkurse und Vergleichsverfahren zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich unterzeichnet worden. Das Abkommen ist das erste dieser Art, das das Deutsche Reich geschlossen hat. Im Anschluß an die Arbeiten der Haager Privatkonferenz ist hiermit ein weiterer Schritt zur Rechtsangleichung zwischen den beiden deutschen Staaten getan worden.

Aus Argentinien deportiert hat man die Führer der Radikalen Partei Quemes und Ulpas (ehemaliger Präsident der Republik) und zwar nach der Insel Martin Garcia.

Der entgangene Verdienst

Der Mann, der den Leichnam fand und der Polizei Mitteilung machte, heißt Lohse, er stammt aus Paulsdorf. Man hat ihm hier nicht wenig Vorwürfe gemacht: „Du dummes Luder, du brauchstest die Sache doch nicht der Polizei zu melden. Hättest du der SA. Mitteilung machen müssen, dann hättest du mehr verdient. 2000 Mark mindestens!“

